



Volksbevormundung durch neues Energiegesetz EnG – CH-Abstimmung 21. Mai 2017



Dank einem Referendum der Schweizerischen Volkspartei (SVP) kann das Schweizer Volk am 21. Mai 2017 über das neue Energiegesetz (EnG) abstimmen. Dieses verlangt unter anderem eine drastische Senkung des Energie- und Stromverbrauchs, was stark kritisiert wird. Kla.tv geht der Frage nach, warum einige Politiker, die dieses Gesetz befürworten, sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, dass sie „gekauft“ seien.

Im Zuge des Energiestrategieplans 2050 des Bundesrates verabschiedete das Parlament am 30. September 2016 das neue Energiegesetz (EnG). Dank einem Referendum der Schweizerischen Volkspartei (SVP) kann nun das Schweizer Volk am 21. Mai 2017 darüber abstimmen. Laut Artikel 3.1 des neuen Energiegesetzes wird angestrebt, dass der durchschnittliche Energieverbrauch pro Person und Jahr bis zum Jahr 2035 um 43 % (!) gesenkt wird. Das betrifft den Verbrauch von Heizöl, Benzin, Diesel, Holz und Gas. Der Stromverbrauch soll in derselben Zeitspanne um 13 % reduziert werden. Die Kritiker des neuen EnG bezeichnen diese Ziele als sehr unrealistisch und, wenn überhaupt, nur durch eine starke Bevormundung mit massiven Abgabenerhöhungen sowie neuen restriktiven Vorschriften erreichbar.

Céline Amaudruz, Nationalrätin und Vizepräsidentin der SVP Schweiz, äussert sich dazu wie folgt. Ich zitiere: „Dieses Gesetz (EnG) ist das größte Projekt einer Verstaatlichung, Regulierung und Zentralisierung seit Jahrzehnten.“

Betrachten wir nun die Seite der Befürworter des neuen EnG.

Die bürgerlichen Vertreter im Co-Präsidium des „EnG-Ja-Komitees“ sind Politiker mit wirtschaftlichen Interessen. Offenbart doch ein Blick in ihre öffentlich zugänglichen Interessenverbindungen, dass sie Verwaltungsräte und Vorstandsmitglieder in Firmen und Vereinen sind, die direkt vom neuen EnG profitieren würden. Bei einem Ja zum EnG können viele dieser Firmen mit neuen Aufträgen sowie Subventionen und Investitionshilfen rechnen. Folgende Parlamentarier sind in solchen Firmen vertreten: Yannick Buttet, CVP, Ruedi Noser, FDP, Peter Schilliger FDP, Isabelle Moret, FDP und Werner Luginbühl, BDP. Von den Mitte-Links-Parteien sind es Martin Bäumle, GLP, Eric Nussbaumer, SP und Pascale Bruderer Wyss, ebenfalls SP.

Von den EnG-Gegnern müssen sich diese Politiker deshalb den Vorwurf gefallen lassen, dass sie „gekauft“ seien.

von mb./rs.

Quellen:

Abstimmungsbüchlein zum EnG
Zeitung „SVP-Klartext“, April 2017, S. 4,5,8
Basler Zeitung, S. 4, vom 28.3.2017
<http://www.scheindemokratie.ch/interessenverbindungen/>

Das könnte Sie auch interessieren:

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.